

Das Gedenken am 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Konzerte in Kaliningrad

Am 22. Juni dieses Jahres war ich in Kaliningrad. Festlicher Sonnenschein lag über den Resten Königsbergs, über den ihren Samstagsgeschäften und -vergnügungen zustrebenden Menschen, auch über den Militärkapellen, die mit kurzen Auftritten auf einigen Plätzen dem Erinnerungstag an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion vor fünfzig Jahren den öffentlichen Akzent geben wollten.

Ob alle deutschen Touristen, die in diesen Tagen die noch ganz junge Chance zum Besuch des mehr als vierzig Jahre gesperrten früheren Nordostpreußen genutzt hatten, sich des Datums bewußt waren, ist fraglich. Die Stadt drängte es ihnen nicht auf, ihre Bürger haben es sich abgewöhnt, der Zeitungsoffizialität und den politischen Ritualen Aufmerksamkeit zu schenken.

Bis vor kurzem noch hatte es zum Kernbestand sowjetischer Klischees gehört, das untergegangene Königsberg als den zentralen Hort des aggressiven deutschen, speziell preußischen Militarismus zu verdammen. Jetzt aber gilt alles Deutsche, das die Stadt noch birgt, das man wiederfindet und liebevoll konserviert, per se als positiv. Für Künstler und Intellektuelle ist dabei der Wunsch leitend, Kaliningrad, die „jüngste sowjetische Großstadt“, aus ihrer Geschichtslosigkeit herauszuführen und wieder in die 700jährige Geschichte Königsbergs einzubinden. Politik und Wirtschaft regiert die Hoffnung, deutsches Kapital zu interessieren.

Niemand hielt große Reden zu diesem Tag. In Gegenwart ihrer aus Köln angereisten Enkelin wurde eine Kunstschule nach Käthe Kollwitz benannt, die in Königsberg aufwuchs, und am Abend gab es ein mit nicht übersetzten Worten des amtierenden Bürgermeisters eingeleitetes Konzert: Potsdamer Solisten spielten mit dem Kaliningrader Kammerorchester Mozart. Ort der Handlung war eine zur Philharmonie umgebaute einst katholische Kirche.

Dort sitzt man mit dem Rücken zum Chor. Vor fünfzig Jahren, ein Sonntag ebenfalls voller Sonnenschein, hatten wir in unserer Dorfkirche wie immer nach vorn, auf den Altar geblickt, mit der Orgel im Rücken. Die Kirche gibt es nicht mehr, als Folge jenes Tages. An jenem Sonntag gab es auch die Soldaten nicht mehr im Dorf, die die Wochen davor das Leben bestimmt hatten. Sie waren gen Osten abgerückt, ohne Militärmusik.

Am nächsten Tag gibt es ein zweites Festprogramm. Der deutsche Bankier Christians kommt für wenige Stunden hierher. Er wirbt seit langem für eine Wirtschaftssonderzone Kaliningrad. Er hat angeregt, gerade hier einen symbolischen Akt der Versöhnung zwischen den Völkern zu vollziehen, die sich gegenseitig das Furchtbarste angetan haben. Wer zur Prominenz Kaliningrads zählt – die Bürger bleiben fern, man hat sie auch nicht unterrichtet –, versammelt sich mittags vor der Domruine, um der Übergabe aus Deutschland gestifteter Reliefs des Königsberger Poeten Simon Dach und des Predigers Julius Rupp beizuwohnen. Über eine Gedenkstätte für alle Toten Königsbergs, Deutsche wie Russen, zu der Christians eigentlich einen Beitrag leisten wollte, war sich der Stadtrat offenbar noch nicht einig geworden.

Anschließend geht es wieder in die Philharmonie, zur Orgelmusik, wiederum auch mit einem Gast aus Potsdam. Jetzt spricht einleitend Lorenz Grimoni, Pfarrer in Duisburg, dort auch Leiter des landsmannschaftlichen Museums Haus Königsberg, hier im Auftrag der deutsch-russischen „Mülheimer Initiative“. Er erinnert an die Friedensbotschaft Jesu, die auch im Dom verkündet wurde und doch den Überfall vom 22. Juni nicht verhindert hat. Das Ergebnis ist auch das Schicksal dieser Stadt mit der Ruine des Doms in ihrer leeren Mitte: „Mein Traum ist es, daß es in der Mitte von Kaliningrad zur Begegnung der Menschen der Welt, der Menschen aus Ost- und Westeuropa, der Menschen der Sowjetunion und Deutschlands kommt. Mein Traum ist es, daß man hier Frieden lehrt und Frieden übt, daß von hier Frieden ausstrahlt.“

Im bis 1985 religiös albanisierten Kaliningrad gibt es bisher nur zwei wieder voll als Gotteshaus wiederhergestellte Kirchen. Sie liegen beide in Vororten. Ob dort ein russisch-orthodoxer Gedenkgottesdienst stattgefunden hat, wurde nicht bekannt. Ökumenisch war er jedenfalls nicht, ebensowenig wie der von Grimoni im kleinen Häuflein der lutherischen Gemeinde gehaltene Gottesdienst, nach dessen Ende in der Grußstunde niemand mehr vom 22. Juni sprach, auf den die Predigt gezielt hatte. Das Schicksal, das die stalinistische Sowjetunion sich selbst und den in ihr lebenden Deutschen bereitet hat, bestimmte alle Berichte.

Gedenkveranstaltungen und Gottesdienste

Gedenkfeiern und Gottesdienste hat es am 22. Juni in vielen Städten der ganzen Sowjetunion und des ganzen Deutschland gegeben. Erstmals waren daran, wo immer es ging, Vertreter beider Seiten beteiligt, einschließlich Soldaten in Uniform. Erstmals auch gab es einen Austausch von Gedenkreden der Spitzenpolitiker im Fernsehen, von denen die auf jede beschönigende Unklarheit verzichtende Feststellung Helmut Kohls in Erinnerung bleiben sollte: „Für uns Deutsche endete der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation. Im Angesicht der Verbrechen, die im deutschen Namen und von deutscher Hand begangen worden waren, leisteten wir den feierlichen Schwur: Nie wieder Diktatur! Nie wieder Krieg!“

In Deutschland fand das zentrale Gedenken in Potsdam statt, in der Sowjetunion in Moskau, hier wie dort mit Kranzniederlegungen, Teilnahme des Staatschefs und von Diplomaten, Abgesandten und Militärs des einst gegnerischen Landes. Von besonders großer Beteiligung der Bevölkerung hieran wie an den Veranstaltungen an zahlreichen Friedhöfen und Orten der Erinnerung haben die Zeitungen nicht berichtet. Das gilt auch für die ökumenischen und anderen Gottesdienste, in Stukenbrock etwa, in Minsk und Pskow (Pleskau), in Hamburg, Hildesheim, Braunschweig. Am Ehrenmal auf den Seelower Höhen östlich von Berlin, wo die letzte große und verlustreiche Schlacht des Krieges stattgefunden hat, hielten die im Ökumenischen Rat Berlin zusammenwirkenden Kirchen einen Gottesdienst, der vom russisch-orthodoxen Erzbischof German aus Wolgograd eröffnet wurde.

Der Berliner Bischof und EKD-Ratsvorsitzende Kruse erinnerte auch an die Mitschuld der Kirchen. Nur wenige hätten vor fünfzig Jahren widersprochen und widerstanden. Das schlimme Telegramm des „Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche“ an Hitler anläßlich des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion

hatten manche Teilnehmer im Kopf, die zuvor die Ausstellung in der Dokumentationshalle „Topographie des Terrors“ auf dem einstigen Gestapogelände in Berlin gesehen hatten.

Im Brief des Bundespräsidenten von Weizsäcker an Präsident Gorbatschow zum 50. Jahrestag heißt es: „Wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges liegt die Chance vor uns, an die besten Traditionen unserer gemeinsamen Geschichte anzuknüpfen. Wir wollen sie nicht ungenutzt verstreichen lassen.“ Tatsächlich hat der Ton der Gedenkveranstaltungen überall auf den Hoffnungen, den positiven Erwartungen für die Zukunft gelegen, die Erinnerung an den 22. Juni 1941 wurde als Beitrag im fortschreitenden Versöhnungsprozeß verstanden, auch als Siegel auf den vollendet erscheinenden Vollzug. Die christliche Erinnerung an die Schuld und die kritische Mahnung des evangelischen Theologen Wolfgang Huber im vom ZDF übertragenen Bußgottesdienst auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof Stukenbrock bei Gütersloh an die fortbestehende, eben nicht erledigte Aufgabe der Versöhnung haben jedenfalls die Presseberichterstattung nicht bestimmt.

Die mit dem politischen Abschluß der Nachkriegszeit verbundene konkrete Hoffnung, „daß eine leidvolle Vergangenheit nicht auf Dauer zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk stehen“ werde „und daß Vertrauen wachsen wird“ – so im EKD/Kirchenbund-Wort zum Erinnerungstag –, fand ihre Bestätigung auch in konkreten Projekten wie der Grundsteinlegung für eine Begegnungsstätte in der weißrussischen Hauptstadt Minsk, an der der Düsseldorfer Innenminister, 400 Deutsche aus dem Ruhrgebiet und 600 Einheimische teilnahmen.

Sie findet Stütze auch in einer umfangreichen Äußerung von Patriarch Alexij II., der anlässlich des Kriegsgedenkens auch die Vor- und Nachkriegsgeschichte der Sowjetunion und der Russischen Orthodoxen Kirche reflektierte (Frankfurter Rundschau 22. Juni 1991). Der Patriarch spricht von erbetener und gewährter Vergebung, vom Leid und Widerstand von Christen hüben wie drüben, von der Einbettung des Prozesses in die Ökumene, stark gefördert durch den einen brüderlichen Anfang setzenden Besuch Martin Niemöllers 1952 in Moskau, vom in den Nachkriegsjahren erfolgreich realisierten Dienst der Versöhnung in den Beziehungen und Programmen von EKD, Kirchenbund und Russischer Orthodoxer Kirche.

Deutscher Kirchenbesuch in Pskow

In Kaliningrad war für die Bevölkerung der 50. Jahrestag kein wirkliches Thema. Das mag daran liegen, daß diese Stadt nicht von Deutschen zerstört, sondern von sowjetischen Truppen erobert worden ist, und daß Königsberg nicht Heimat der heutigen Bewohner Kaliningrads war, als die Stadt zugrundeging. In Pskow aber war das anders. Hierhin waren Präses Peter Beier und 75 evangelische Rheinländer gekommen, um in Gottesdiensten und mit Kränzen der Toten des Krieges zu gedenken. Hier hatten, wie es die Erinnerung der Überlebenden aufbewahrt, deutsche Einheiten zehn Dörfer mit Kindern, Frauen und alten Leuten niedergebrannt. Hier war ein Ort, Schuld und Scham konkret zu benennen.

Doch auch hier, so ist einem Teilnehmerbericht zu entnehmen (Wolfgang Frank in: Der Weg, 14. Juli 1991), galt das Interesse der Menschen mindestens so stark der – als ungenügend empfundenen – Auseinandersetzung mit der stalinistischen Ver-

gangenheit. Und: „Vom Oberbürgermeister bis zum Kriegsveteran ließ keiner die Möglichkeit aus, den 75 deutschen Gästen gegenüber große Sympathie zu bekunden, die mit der Hoffnung verknüpft war, daß die Deutschen dem keineswegs reichen Pskower Land wirtschaftlich helfen.“

Auf der zentralen Gedenkveranstaltung in Pskow sagte Präses Beier: „Versöhnung unter den Völkern ist nur möglich, wenn Menschen sich versöhnen. Dazu müssen sie sich kennen. Dazu müssen sie sich begegnen. Wir sind hier, um an Ihrer Seite ohne große Gesten und Worte der Toten und aller Verluste zu gedenken, die diese Stadt beklagt.“ Und er gab der Hoffnung geistlichen Halt, als er an Krieg und Mordbrennerei und ihre ideologische Vorbereitung und Verbrämung erinnerte: „Wir setzen gegen den Wahn den Ruf zur Vernunft. Wir setzen gegen die böse Erfahrung das Gebet; nicht die Hoffnung auf bessere Zeiten, sondern die Hoffnung, daß Gott die Welt und seine Menschen aus freien Stücken liebt.“

Reinhard Henkys

Zur Grundlegung der Friedensethik

Sammelbesprechung wichtiger Neuerscheinungen

Nie waren sie so wichtig wie heute: eine christliche Friedensethik, eine christliche Friedenserziehung und eine christliche Friedensbewegung. Der Kollaps des europäischen Realsozialismus hat die scheinbar festgefügtten Koalitionen aufgebrochen, aber die Waffenpotentiale als Hinterlassenschaft eines hochgerüsteten Abschreckungssystems kaum verringert. Unterhalb der Schwelle aufgebrauchter ideologischer Widersprüche rühren sich die aufgestauten Emotionen konfessioneller, ethnischer und religiöser Minoritäten und bringen damit nicht nur die kommunistischen Herrscher, sondern auch die meisten mit ihnen identischen Zentralgewalten zu Fall. Der Golfkrieg schließlich hat überall die friedensbewegten Minderheiten zersplittert und zerstreut, die ethnischen und politischen Argumente erschüttert und die öffentliche Meinung wie schon lange nicht mehr für Kriegspropaganda empfänglich gemacht. Bellizismus gilt wieder etwas – auch in Deutschland, selbst bei ehemaligen „Friedenskämpfern“. Als hätte der Krieg auch nur den leisesten Beweis dafür erbracht, daß er für irgendetwas und irgendwen von Nutzen gewesen wäre, es sei denn für Waffenhändler und karrierebewußte Frontoffiziere. Trotzdem feiert der Krieg als Politik unter Einsatz anderer Mittel fröhliche Urstände.

Was die Ökumene betrifft, so hat die Weltkonvokation für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im März 1990 in Seoul einschließlich des unbefriedigenden Nachspiels auf der Vollversammlung des ÖRK in Canberra die Erwartung vieler Engagierter reichlich enttäuscht. Hat die Weltchristenheit damit den Beweis angetreten, daß sie auch angesichts der Bedrohung der Menschheit mit overkill-Kapazitäten an Massenvernichtungsmitteln nicht mit einer Stimme zu reden vermag, ganz zu schweigen von einem „Wort, das die Menschheit nicht überhören kann“?